

# DAAD North America: Election Bulletin

Erstellt vom DAAD-Nordamerika-Team

## 5. November 2024: Wahltag

Nach medienwirksamen Auftritten in Washington, D.C., (Harris) und New York City (Trump) konzentriert sich der US-Wahlkampf nur wenige Stunden vor der Wahl auf die umkämpften *swing states*, die in den Medien zunehmend nicht umsonst vielmehr als **battleground states** bezeichnet werden. Die Umfragen zeigen ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Nervosität besteht auch hinsichtlich der Zeit zwischen Wahltag und Inauguration: Unabhängig vom Wahlausgang halten laut einer Umfrage des Marktforschungsunternehmens Ipsos von Ende Oktober 62% der befragten Amerikanerinnen und Amerikaner Gewalt im Zusammenhang mit dem Wahlausgang für „wahrscheinlich“ oder „sehr wahrscheinlich“. Und auf den Wahlkampfreden von Donald Trump tauchte in den letzten Tagen das Wort Wahlbetrug mehr als einmal auf – zuletzt auf einer Wahlkampfveranstaltung in Pennsylvania, auf der er das in den meisten US-Bundesstaaten etablierte System der vorzeitigen Stimmabgabe kritisierte.

In der heutigen Ausgabe wollen wir unmittelbar vor der Wahl ein kurzes Schlaglicht auf **Wahlempfehlungen (endorsements)** auch mit Blick auf den Hochschulsektor legen sowie auf die **abschließenden Wahlkampfreden** von Trump und Harris und den Stellenwert von Wissenschaft und Bildung darin. Wir enden mit zwei **Eindrücken aus dem DAAD-Netzwerk**, einmal aus Kalifornien und einmal aus dem Swing State North Carolina.

### **Endorsements**

Das Phänomen der **celebrity endorsements** im US-Wahlkampf, bei dem sich prominente Persönlichkeiten öffentlich hinter einen Kandidaten bzw. eine Kandidatin stellen, reicht bis in die 1920er Jahre zurück. Ob prominente Fürsprecherinnen und Fürsprecher wirklich einen signifikanten Einfluss auf den Wahlausgang haben können, ist umstritten. Die mediale Aufmerksamkeit, die die Unterstützung durch eine prominente Person erzeugen kann, sowie der Einfluss insbesondere auf Erstwählerinnen und -wähler und auch die finanziellen Auswirkungen auf Parteispenden sind jedoch nicht unerheblich. Während die Demokraten traditionell verstärkt auf Stars aus Film, Fernsehen und Musik wie Taylor Swift, Bruce Springsteen und Oprah Winfrey zählen können, profitieren die Republikaner in diesem Wahlkampf in mehrererlei Hinsicht von der Unterstützung des Tech-Milliardärs Elon Musk.

Auch die Medien geben für gewohnt **Wahlempfehlungen** ab, traditionell mehrheitlich für die demokratischen Kandidaten, so auch dieses Mal. Dabei kam es in den letzten Wahlperioden ohnehin nur sehr selten vor, dass eine Publikation eine andere Partei unterstützte als noch im vorherigen Wahlkampf. Auffallend und vieldiskutiert ist das diesjährige Ausbleiben einer Wahlempfehlung der traditionell demokratischen *Washington Post*, deren Eigentümer seit 2013 Amazon-Gründer und Großunternehmer Jeff Bezos ist.

Auch **universitätsnahe Publikationen** haben Wahlempfehlungen ausgegeben, so die studentischen Zeitungen der renommierten Universitäten Georgetown, Johns Hopkins und

Cornell, allesamt für Harris. Doch während die republikanische Studierendenvereinigung der Universität Harvard, der Harvard Republican Club, sich 2016 noch geschlossen *gegen* Trump positionierte, veröffentlichte die Vereinigung in diesem Wahlkampf eine enthusiastische Wahlempfehlung *für* Trump, die jedoch in Harvard selbst nur auf wenige offene Ohren stoßen dürfte. Konservative Studierende stellen nur eine kleine Minderheit der Harvard-Studentenschaft dar (8,4% laut Daten der studentischen Zeitung *Harvard Crimson* vom September), und Trump-Anhängerinnen und -Anhänger einen noch kleineren Teil.

Während 2016 eine konservative Vereinigung, die sich selbst den Namen Scholars and Writers for America gab, einen offenen Brief pro Trump veröffentlicht hatte, der von knapp 70 Universitätslehrenden und -forschenden mitgezeichnet wurde, ist im diesjährigen Wahlkampf **kein koordiniertes Auftreten der republikanischen Trump-Befürworter im Wissenschaftsbereich** erkenntlich. Dennoch: Auch wenn die akademische Gemeinschaft Trump weitgehend kritisch gegenübersteht, gibt es nach wie vor einen aktiven Teil, der ihn unterstützt und sich am politischen Diskurs über seine Kandidatur und seine Politik beteiligt. Wie groß dieser Teil wirklich ist, wird sich vermutlich jedoch erst nach der Wahl zeigen.

### **Wissenschaft und Bildung in den abschließenden Wahlkampfreden**

In ihrer Abschlussrede vom 29. Oktober in Washington, D.C., betonte Kamala Harris ihre **überparteilich-schlichtenden Ambitionen** zur Lösung der pressierenden Wahlkampfthemen, allem voran der wirtschaftlichen Probleme, in der sich viele Amerikanerinnen und Amerikaner angesichts stetig steigender Kosten befinden. Donald Trump habe „ein Jahrzehnt lang versucht, das amerikanische Volk zu spalten und untereinander Angst zu sähen“. Harris betonte die Wichtigkeit von Dialog und Debatten. Es sei „nicht die amerikanische Art, keine Meinungsverschiedenheiten zu haben“, vielmehr scheuten sich Amerikaner nicht vor soliden Debatten (*robust debates*). Auch die inklusive Rolle Amerikas als einer Nation von Einwanderern wurde von Harris, selbst Tochter zweier Einwanderer, die zum Studium in die USA gekommen waren, betont.

Die **Debattenkultur** ist fest im amerikanischen Bildungswesen verankert, von Unterrichtsinhalten an Schulen bis zu wettbewerbsorientierten Debattierclubs an *High Schools* und Unis. Auch darüber hinaus waren Universitäten Thema in Harris' Rede, und zwar, als sie davon sprach, als Staatsanwältin Kämpfe gegen diejenigen gewonnen zu haben, die die Bevölkerung ausbeuteten. Als Beispiele nannte sie neben „großen Banken“, die Hausbesitzer ausnahmen, und Kartelle, die „mit Waffen, Drogen und Menschen“ handelten, vielleicht etwas überraschend auch „gewinnorientierte Hochschulen, die Veteranen und Studenten betrogen haben“.

Harris spielte dabei primär auf das unter ihrer Zeit als Generalstaatsanwältin in Kalifornien geführte **Gerichtsverfahren gegen die Corinthian Colleges -Gruppe** an, damals eine der größten gewinnorientierten College-Ketten in den USA. Corinthian Colleges verlangten im Vergleich zu regulären Community Colleges deutlich höhere Studiengebühren, gepaart mit aggressivem Marketing, privaten Darlehensangeboten mit exorbitant hohen Zinsen und hohen Abbrecherquoten. Ein Großteil der Einnahmen kam zudem vom Staat, nämlich über

Studiendarlehen und die sogenannten Pell Grants für hilfsbedürftige Studierende. Der Gruppe wurden unlauterer Wettbewerb und Datenmanipulation vorgeworfen, neben anderen betrügerischen Praktiken, die auf gefährdete Bevölkerungsgruppen wie Menschen mit niedrigem Einkommen und Alleinerziehende abzielten. Harris setzte sich dafür ein, dass Studierende auch nach dem Bankrott von Corinthian Colleges 2015 weiterhin Möglichkeiten hatten, die Gruppe im Falle nachgewiesenen Betrugs finanziell zur Rechenschaft zu ziehen. Das Vorgehen gegen die Corinthian-Gruppe ist nicht zu verstehen als ein generelles Misstrauen gegen private Hochschulen und Bildungseinrichtungen, sondern als ein Schutz vor Missbrauch dieser Bildungsstätten.

Eine Auswertung der letzten **Wahlkampfauftritte von Donald Trump** mit Blick auf konkrete Bildungsthemen und -vorhaben fällt deutlich schwerer. *NPR*, der *New Yorker*, *NBC* und andere Medien, deren Journalistinnen und Journalisten Trumps oft mehrstündige Wahlkampfreden beobachten, attestieren ihm einen sprunghafteren und weniger konzentrierten Redestil als noch zu Anfang des Wahlkampfs. Trumps Rhetorik sei zunehmend rauer und konfrontativer geworden, so der *New Yorker*. Jüngste Äußerungen deuteten auf Gleichgültigkeit gegenüber Gewalt gegen Journalisten und eine radikal ablehnende Haltung gegenüber seinen Kritikern hin. Tatsächlich hat Trump die Wahl bisweilen als „letzte Schlacht“ (*final battle*) bezeichnet und seine Anhängerinnen und Anhänger darauf eingestimmt, dass man im Falle einer Niederlage von Wahlbetrug ausgehen könne und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen seien. All dies schürt Ängste auf beiden Seiten über gewaltsame Eskalationen nach Wahlausgang, für die die Ausschreitungen vom 6. Januar dem Grundstein legten.

### **Stimmen aus dem DAAD-Netzwerk**

#### **Demokratische Beteiligung an Hochschulen und die Tech-Szene in Kalifornien**

*Ein Beitrag des DWIH San Francisco*

In den USA gilt Bildung insgesamt als ein zentraler Treiber für gesellschaftlichen Fortschritt und die Förderung demokratischer Werte. Die politische Haltung der Universitäten wird anders als in Deutschland offen diskutiert und kommuniziert. Eine Besonderheit der kalifornischen Universitäten wie Stanford und die University of California, Berkeley, ist, dass sie sich intensiv engagieren, um die demokratische Beteiligung zu stärken und die Bürgerpflicht des Wählens hervorzuheben. Kalifornische Universitäten setzen sich stark für die **Förderung der politischen Teilhabe der Studierenden** und für die Integrität der Wahlen 2024 ein.

Das University of California-System, einschließlich UCLA und UC Berkeley, hat verschiedene Projekte und Ressourcen entwickelt, um das Bewusstsein für Wahlen und den Zugang zur Wahl zu verbessern. An der UCLA leitet der Jura-Professor Richard Hasen das „**Safeguarding Democracy Project**“, das Empfehlungen zur Sicherung der Wahlintegrität gibt und Schutzmaßnahmen für Wahlhelferinnen und -helfer fordert, die zunehmend von Bedrohungen betroffen sind. Diese Initiative hebt die Bedeutung einer stabilen demokratischen Infrastruktur im Bildungswesen hervor und fördert faire Wahlpraktiken.

Ein weiteres bedeutendes Engagement ist der „**California University and College Ballot Bowl**“, ein landesweiter Wettbewerb, bei dem Hochschulen, darunter Community Colleges und das UC-System, darum konkurrieren, die meisten Studierenden zur Wahlregistrierung zu motivieren. Dieser Wettbewerb wird vom California Secretary of State organisiert und ermutigt Hochschulen, politische Beteiligung durch Maßnahmen wie Social-Media-Kampagnen und Informationsstände zur Wählerregistrierung zu fördern. Der Ballot Bowl zeigt, wie Universitäten eine Kultur der aktiven Bürgerschaft schaffen und das demokratische Bewusstsein ihrer Studierenden stärken können.

Diese Bemühungen werden durch den kalifornischen „**Student Civic and Voter Empowerment Act**“ (AB 963) unterstützt, der öffentliche Universitäten verpflichtet, Studierenden parteiunabhängige Informationsressourcen zur politischen Teilhabe bereitzustellen. Universitäten in Kalifornien haben darauf mit campusweiten Programmen reagiert, um politisches Lernen in den Alltag zu integrieren und sicherzustellen, dass Studierende aktiv an der Demokratie teilnehmen können.

Diese Merkmale heben **kalifornische Universitäten** von anderen Hochschulen ab, da sie eine systematische, gesetzlich verankerte und gemeinschaftsorientierte Wahlförderung bieten. Die Einbindung sowohl der Landespolitik als auch der Universitätsleitung zeigt, wie wichtig diese Institutionen die Förderung demokratischer Partizipation nehmen und wie sie ihre Studierenden dazu anleiten, sich aktiv an der Gesellschaft zu beteiligen.

Die **Tech-Szene in der Bay Area** reagiert auf die Präsidentschaftswahlen 2024 mit gemischten Ansichten und einer wachsenden Politisierung. In den letzten Jahren hat sich die politische Einstellung innerhalb der Tech-Industrie weiter differenziert. Während traditionelle Tech-Führungskräfte und Startups häufig progressive Werte und die Demokratische Partei unterstützten, hat sich dies teilweise verschoben. Es gibt nun eine Gruppe von Tech-Unternehmern, einschließlich prominenter Investoren wie Elon Musk, Marc Andreessen und Peter Thiel, die offen Unterstützung für konservative Kandidaten wie JD Vance und auch Donald Trump zeigen.

Einige dieser Tech-Führer schätzen konservative Kandidaten wegen ihrer pro-technologischen und regulierungskritischen Haltung. Musk und andere, die Kalifornien verlassen und Standorte in Texas und anderen Bundesstaaten aufbauen, kritisieren zunehmend die liberale Politik in San Francisco und die kalifornische Gesetzgebung, die ihrer Meinung nach Innovationen und unternehmerische Freiheit einschränkt. Insgesamt zeichnet sich also eine **komplexe Spaltung** zwischen den traditionell progressiven Ansichten und der neu entstehenden konservativen Haltung in der Tech-Szene ab, die von prominenten Venture-Kapitalgebern und Unternehmern angeführt wird.

---

## **Die Präsidentschaftswahl in North Carolina: Eindrücke aus einem Swing State**

*Ein Beitrag von Jakob Wiedekind, DAAD Visiting Professor, UNC Chapel Hill, North Carolina*

Bei den Präsidentschaftswahlen 2024 ist **North Carolina als Swing State** von zentraler Bedeutung. Zuletzt konnte Barack Obama 2008 die Mehrheit der Stimmen in diesem Bundesstaat und somit die 16 Stimmen im *Electoral College* gewinnen. Die Wählerinnen und

Wähler des Bundesstaates sind enge Rennen gewohnt und haben in den letzten Wahlen immer wieder knappe Wahlergebnisse erlebt, die eher zugunsten Republikanischer Kandidaten ausgingen. Ein möglicher Fingerzeig zugunsten von Kamala Harris könnte sein, dass der Demokratische Kandidat für das Amt des Gouverneurs in North Carolina, Josh Stein, in den Umfragen klar vor seinem Republikanischen Kontrahenten liegt.

Das Bewusstsein, im Mittelpunkt des politischen Wettstreits um das höchste politische Amt der USA zu stehen, verleiht der Stimmung hier eine besondere Energie, verstärkt jedoch auch die Spannungen und **Polarisierungseffekte**. Auf der einen Seite stehen die städtischen Zentren von North Carolina – wie Raleigh, Charlotte und das Research Triangle – als Zentren des wirtschaftlichen Wachstums, der Innovation und der demografischen Vielfalt. Hier finden progressive Themen starken Anklang, darunter Initiativen für erneuerbare Energie, Gesundheitsreformen und Minderheitenrechte. In diesen Teilen North Carolinas untermauern Universitäten und kultureller Austausch eine zunehmend weltoffene Vision eines Amerikas, das um seine besondere Rolle in den internationalen Beziehungen weiß und daraus eine gewisse Verantwortung ableitet. Auf der anderen Seite bietet das ländliche North Carolina eine weitgehend andere Perspektive an. Sozialer Konservatismus sind hier stark verwurzelt und viele ländliche Gemeinden sind den Demokraten gegenüber skeptisch eingestellt, besonders in Bezug auf progressivere Politik in den Politikbereichen Klima, Bildung und Gesundheit. In ländlicheren Regionen, die stark von Landwirtschaft, Produktion und traditionellen Industrien abhängen, wachsen die Sorgen über steigende Kosten, Inflation und den Erhalt soziokultureller Wertevorstellungen sowie lokaler Lebensweisen angesichts eines als zu schnell empfundenen Modernisierungsdrucks.

Ein weiterer wichtiger Faktor in North Carolina ist der **sichtbare Einfluss des Klimawandels**. Der Bundesstaat hat die Folgen immer stärker werdender Hurrikans deutlich zu spüren bekommen, was nicht zuletzt für ganze Gemeinden im Westen grundlegende logistische Probleme für den Wahlgang erzeugt hat. Die Ausmaße der Schäden entfachten Diskussionen über Umweltpolitik, Katastrophenvorsorge, Investitionen in die Infrastruktur und staatliche Unterstützung für betroffene Regionen. Für einige Wählerinnen und Wähler sind diese klimapolitischen Herausforderungen ein klarer Hinweis auf die Notwendigkeit stärkerer Maßnahmen für erneuerbare Energien und mehr Resilienz, während andere genaue diese Ansätze als wirtschaftliche Last in ohnehin angespannten Wirtschaftsbedingungen betrachten.

Trotz dieser polarisierten Sichtweisen erlebt man auch umfassende **Solidarität und Gemeinschaft über Parteilinien** hinweg. Wenn es darum geht, für die betroffenen Regionen zu spenden, Essen zu sammeln oder aber die Universitätsstandorte in Asheville und Boone zu unterstützen, spielen Partei und Polarisierung keine Rolle.

In diesem Jahr verändert das **Bevölkerungswachstum** in North Carolina zusätzlich die politische Landschaft. Viele neue Bewohnerinnen und Bewohner – junge Familien, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Technologie-Expertinnen und -Experten aber auch Rentnerinnen und Rentner – bringen ihre vielfältigen politischen und kulturellen Hintergründe mit, was die bestehenden Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gebieten, zwischen Konservativen und Progressiven, noch weiter verstärkt. In gewisser Weise

spiegelt der Staat die übergeordnete nationale Polarisierung wider und kann so als eine Art Mikrokosmos der Vereinigten Staaten als Ganzes gesehen werden.

Da Umfragen ein Kopf-an-Kopf-Rennen prognostizieren, sind sich die Wählerinnen und Wähler in North Carolina der **Bedeutung ihrer Stimmen** in dieser Wahl sehr bewusst. Täglich kann man lange Schlangen an den Wahllokalen beobachten, wo *early voting* möglich ist. Inzwischen haben nahezu alle Menschen, denen man beim Einkaufen begegnet, einen „I voted“- Sticker auf dem T-Shirt kleben. Inmitten der hitzigen Debatten über Themen wie Gesundheitsversorgung, Einwanderung und Klimapolitik könnte die Wahlentscheidung North Carolinas im Jahr 2024 als Stimmungsbarometer für die nationalen Tendenzen dienen, besonders in einem Jahr, in dem das Land politisch gespalten ist, denn je. Der Campus der UNC Chapel Hill ist eindeutig eine Demokratische Hochburg, in der die Aussicht auf eine weitere Amtszeit Trumps zahlreiche Studentinnen und Studenten motiviert, sich politisch zu engagieren. Am Ende steht folgende Beobachtung: Ein entscheidender Bundesstaat, wie auch das ganze Land, hält den Atem an.